Tagung der Kassierer der VVN-BdA in Berlin

Werbung neuer Mitglieder steht im Vordergrund

Worten müssen Taten folgen, nur antifaschistische Erörterungen reichen nicht aus. Zu diesem Ergebnis kamen die Teilnehmer der Geschäftsführer- und Kassierertagung der VVN-BdA am 10. April in Berlin im Zusammenhang mit Darlegungen zur Finanzentwicklung der Gliederungen der VVN-BdA.

Ausgangspunkt der diesjährigen Tagung war das Vorlegen des Haushaltsplanes der Bundesvereinigung für das Jahr 2010, der trotz rückläufiger Einnahmen gegenüber dem Vorjahr zum Jahresende ausgeglichen sein soll. Mit großer Aufmerksamkeit nahmen die Tagungsteilnehmer aus den Landesvereinigungen die Berichterstattung der Bundesfinanzkommission entgegen, welche die eingetretene Verbesserung der Zahlungsdisziplin zwischen Bund- und Ländern besonders hervorhob. Gleichwohl gibt es immer noch Zahlungsrückstände einzelner Länder aus den Vorjahren. Die Finanzkommission wird dazu individuelle Lösungen erarbeiten, um einen verträglichen und schnellen Zahlungsausgleich zu garantieren.

Die anschließende Diskussion brachte die zunehmende Verknappung der Haushaltsmittel und die daraus entstehenden Liquiditätsengpässe in allen Landesvereinigungen zu Tage. Auch stellte sich heraus: Nicht in allen Vereinigungsstrukturen wird die auf dem 3. Bundeskongress beschlossene einheitliche Beitragsordnung angewendet bzw. durchgesetzt.

Großen Umfang in der Diskussion nahm die Mitgliederentwicklung der VVN-BdA ein. Einbezogen wurde hier die Betreuung der Mitglieder, ihre Information und Mitarbeit sowie die Neuwerbung. Die auftretenden Probleme stellen sich sehr differenziert dar, und sie fangen bereits bei den Mitgliedslisten an – gibt's die im Land oder nur in den Kreisen? Während insgesamt noch die natürlichen Abgänge die Neueintritte übersteigen, zeichnen sich in sechs Landesvereinigungen eine Trendwende ab. Bündnisarbeit, Projekte und gute Öffentlichkeit bilden die Quellen des Erfolges. Neue Inhalte, die Zunahme der Internetauftritte und regelmäßige Informationspublikationen waren dafür eine wichtige Voraussetzung. Sehr gute Erfahrungen hatte die VVN-BdA Berlin zu präsentieren. Besorgniserregend dagegen die Mitgliederentwicklung in den Landesvereinigungen Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, bei denen die geringfügigen Zugänge nicht annähernd die natürlichen Abgänge ausgleichen.

In diesem Jahr kann unsere ab Mai verfügbare neu gestaltete Neofa-Ausstellung, welche den Tagungsteilnehmern vorgestellt wurde, zu einer positiven Entwicklung beitragen. Neun Landesvereinigungen haben bereits ein Kaufangebot abgegeben für die Übrigen steht die Ausstellung zur Ausleihe zur Verfügung.

Die VVN-BdA NRW, die teilweise beachtliche Neuaufnahmen, aber noch größere Abgänge verzeichnete, stellte in einer Präsentation die Bemühungen zur Mitgliedergewinnung in ihrer Landesvereinigung vor. Diese hatte ein Seminar »Zukunftswerkstatt«, das sich aus Teilnehmern von zwölf Kreisorganisationen zusammensetzte, erarbeitet. Schonungslos wurden Mängel beim Namen genannt. Es zeigten sich viele Parallelen bei der Entwicklung in den anderen Landesvereinigungen, und es gab gute Anregungen, die durchaus übernehmenswert sind. Einstimmig wurde beschlossen diese Erfahrungen in den bundesweiten Bildungsplan zu übernehmen und dazu eine bundesweite Veranstaltung anzuregen.

Unser Bundesgeschäftsführer Thomas Willms gab noch Anregungen zum Einwerben von Spenden und Sponsoring durch plastische Darlegungen über die Bedeutung von Fundraising.

Es war eine gut besuchte und innovative Tagung, welche das Zusammenwachsen der Bundes- und der Landesvereinigungen zum Ausdruck brachte. Es wurde die Bitte geäußert, diese künftig mehrtägig zu organisieren, was zu prüfen ist.

Richard Häsler
Bundessprecher der VVN-BdA

Diesmal sollen sie nicht durchkommen

Bundesweites Bündnis gegen den »Friedensmarsch« der Nazis in Dortmund

»Den ›Nationalen Antikriegstag‹ am 4. September 2010 verhindern! Dortmund stellt sich quer! Sie werden nicht durchkommen!« Unter diesem Motto tagte in Dortmund ein bundesweites Bündnis.

Worum geht es? Zum sechsten Mal in Folge wollen Neofaschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 4. September mobilisieren sie europaweit in die Ruhrgebietsmetropole. Nach dem erfolgreich verhinderten Großaufmarsch der Neonazis in Dresden gilt der so genannte »Nationale Antikriegstag« in Dortmund als eine wichtige Nagelprobe der so genannten »Autonomen Nationalisten« bundesweit.



Auch »Aktion 65plus« fordert Stopp des Nazimarsches. Bild: T. Sander

Dortmund hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Hochburg militanter Neonazis entwikkelt. Brutale Übergriffe auf Migrantinnen und Migranten und linke Jugendliche, auf alternative Buchläden und Zentren, Organisationsbüros und Privatwohnungen von Antifaschistinnen und Antifaschisten häufen sich. Am 1. Mai 2009 griffen Neofaschisten die 1. Mai-Demo des DGB an.

Dazu heißt es in einem verabschiedeten Aufruf: »Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!« Polizei und Politik haben das Problem seit Jahren verharmlost. Dadurch tragen sie Verantwortung für das Erstarken der Neofaschisten in Dortmund. Sie haben verharmlost, obwohl seit dem Jahr 2000 vier Morde auf das Konto der Neonazis gehen: Drei Polizisten wurden von dem Neonazi Michael Berger erschossen, der Punk Thomas Schulz von einem jugendlichen Neofaschisten erstochen. Aber die Polizei bleibt ihrer Linie treu: Antifaschistisches Engagement wird immer wieder behindert, Neonazis können nahezu ungestört agieren.

Das Bündnis »Dortmund stellt sich quer«, dem auch die Bundesorganisation der VVN-BdA angehört, stellte fest: »Der Antikriegstag

(Fortsetzung auf Seite 2)

Keine Straffreiheit für Kriegsverbrecher aus Bundeswehr und Wehrmacht

Protest gegen das Soldatentreffen in Mittenwald am 8. und 9. Mai

Mit der Strafbefreiung für den Bundeswehroberst Georg Klein, hat sich die Generalbundesanwältin in die Tradition der Justiz des Kalten Krieges eingereiht, die keinen einzigen Bundeswehrsoldaten bestrafte, denen Kriegsverbrechen im Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht vorgeworfen wurden.



Einweihung des Denkmals in der Mittenwalder Schule: Tafeln mit den Namen der Opfergemeinden werden gezeigt.

Kappa-photo.com

Am Tag nach dem Kundusmassaker meldete Oberst Klein an den damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr: »Am 4. September um 1.51 Uhr entschloss ich mich, zwei am Abend des 3. September entführte Tanklastwagen sowie an den Fahrzeugen befindliche INS durch den Einsatz von Luftstreitkräften zu vernichten.« INS, das sind im Nato-Jargon Insurgenten, Aufständische und Taliban. Wer INS ist, der ist zu vernichten - und mit ihm zahlreiche Frauen, Kinder und Greise. Jetzt wurden die Ermittlungen gegen Oberst Klein eingestellt. »Das ist eine Aufforderung zum Massenmord durch deutsche Soldaten. Dagegen ist schärfster Protest geboten«, erklärte Bundessprecher Ulrich Sander. Zugleich rief die VVN-BdA zum Protest gegen das erneute Traditionstreffen der mörderischen Gebirgstruppe auf.

AK Angreifbare Traditionspflege/Neue Folge, VVN-BdA-Vertreter, die Bundesorganisation der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK) und andere erklärten anlässlich des 8. Mai, die Auseinandersetzung mit der Wehrmachtstradition der Bundeswehr fortzusetzen. In Mittenwald ist im März ein Denkmal für die Opfer der Gebirgstruppe von der Gemeinde eingeweiht worden, das ihr 2009 vom AK Angreifbare Traditionspflege übergeben worden war. Nun soll dort eine »Gedenkgottestdienst« des Kameradenkreises Gebirgstruppe stattfinden. Geplant ist von Seiten der Antimilitaristen eine »Liberation-Tour« durch Oberbayern an Plätzen von Kriegsverbrechen und Tätern, eine Zeitzeugenveranstaltung und »Proteste gegen das Soldatentreffen auf dem Hohen Brendten«.

Nichts geändert hat sich bei der Bundeswehr

»Als bundesweiter Zusammenschluss AK Angreifbare Traditionspflege versuchen wir seit 2002, in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA offensiv an die Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger zu erinnern und gegen das letzte große Veteranentreffen der Wehrmacht zu demonstrieren. Wir sind hocherfreut, dass die Mittenwalder Bevölkerung samt ihrer gewählten Vertreter nach acht Jahren zäher und schwieriger (internationaler) Überzeugungsarbeit beginnt, öffentlich über die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger zu sprechen und dies mit der Einweihung eines würdigen Denkmals für alle Zeiten besiegelt. (…) Endlich öffnet die Gemeinde Mittenwald Widerstandskämpfern und Holocaust-Überlebenden ihre Gasthäuser, Schulen und Gemeindezentren.«

Jedoch: »Nichts geändert hat sich bei der Bundeswehr und den Wehrmachtsveteranen. Sie laden auch dieses Jahr wieder ehemalige Angehörige der Streitkräfte Hitlers zur Veteranenfeier auf den Hohen Brendten ein. Für das letzte große Soldatentreffen von Hitlers Wehrmacht in Deutschland haben sie zudem noch ein historisch bedeutsames Datum gewählt: Ausgerechnet am 8. und 9. Mai, also am 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wollen die greisen Gebirgsjäger und ihrer Unterstützer aus der Bundeswehr ganz ungeniert ihren Kameradschaftsabend und ihren Feldgottesdienst feiern. (…) In Mittenwald zeigt sich bis heute exemplarisch, dass die NS-Vergangenheit in den neuen Kriegen und sozialen Auseinandersetzungen bei aller Modernisierung präsent bleibt. Mittenwalder Gebirgsjäger quälen sich nicht nur gegenseitig mit der Einnahme von Schweineleberspezialitäten, sondern sie sind vor allem an allen Kriegseinsätzen der Bundeswehr führend beteiligt.« Ein Sprecher der neuen Kampagne: »Da die deutsche Justiz bei der Strafverfolgung von NS-Tätern im Schneckentempo arbeitet und die deutschen Täter trotz Verurteilungen in Italien nicht ausgeliefert werden, treiben sich am Hohen Brendten in Mittenwald nach wie vor jene Veteranen herum, die für zahlreiche Massaker auf Kephallonia, Korfu, Kreta, im Vercors, in Kommeno und Camerino und für die Deportationen der Athener Jüdinnen und Juden nach Auschwitz verantwortlich sind.« **S.St./U.S.**

Diesmal sollen sie nicht durchkommen

(Fortsetzung von Seite 1)

erinnert an den faschistischen Überfall der Nazis am 1. September 1939 auf Polen, den Beginn eines Raub- und Vernichtungskrieges, der die Welt in Brand steckte und über 50 Millionen Tote hinterließ. Bereits in den letzten Jahren zogen Neonazis mit der Losung ›Nie wieder Krieg!‹ durch Dortmunds Straßen. Sie fügten hinzu: ›Nach unserem Sieg!‹ – also dem Sieg des ›Nationalen Sozialismus‹, des Nationalsozialismus.«

»Verhindern wir gemeinsam einen neuerlichen Großaufmarsch der Nazis durch Dortmund!« Alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Gegner von Krieg und Besatzung – so in Afghanistan –, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden dazu aufgerufen, »den Aufmarsch der Neofaschisten am 4. September durch entschlossene Blockaden gemeinsam zu verhindern! Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die der zunehmenden Kriegspropaganda eine Absage erteilen und dem Naziaufmarsch in Sicht- und Hörweite entgegen treten wollen.«

»Dortmund stellt sich quer!«

Kontakt und Informationen:
info@dortmundquergestellt.de und http://dortmundquer.blogsport.de

»Rechtsextremismus verharmlost«

Landtags-SPD fordert Herausnahme von VVN-BdA und A.i.d.A. aus VS-Bericht

»Scharfe Kritik am Verfassungsschutzbericht 2009 übt die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Helga Schmitt-Bussinger.« Das stand am 30. März in einer Pressemitteilung der Partei. Durch die Meldung, dass 2009 weniger rechtsextreme als linksextreme Gewalttaten in Bayern verübt worden seien, werde der Rechtsextremismus verharmlost. Durch diesen, so die SPD-Politikerin, gingen jedoch die weitaus größeren Gefahren für Demokratie und Freiheit aus. Schmitt-Bussinger: »Rechtsextremismus ist der wahre Feind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.«

Schmitt-Bussinger kritisiert in der Erklärung explizit die Diskreditierung von Organisationen wie der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (A.i.d.a.) und der VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2009. Stichhaltige Begründungen für die Etikettierung der Organisationen als linksextremistisch lägen nicht vor. Vielmehr begnüge sich das Landesamt für Verfassungsschutz mit bloßen Behauptungen. Schmitt-Bussinger erinnert daran, dass die VVN weder im Bund noch in vierzehn von sechzehn Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Lediglich der Freistaat Bayern und das Land Baden-Württemberg hielten an der Beobachtung und regelmäßigen Erwähnung der Vereinigung in ihren Verfassungsschutzberichten als »linksextremistisch« fest.



Besonders tückisch – nach Ansicht des Verfassungsschutzes: KZ-Überlebende und die »nonpd-Kampagne« der VVN-BdA. Ernst Grube und Martin Löwenberg 2007 bei einer Veranstaltung zum Thema auf dem Dachauer Rathausplatz. Bild: Antoni

»In der VVN«, so die Abgeordnete, »haben sich Verfolgte des Naziregimes, deren Angehörige und Nachkommen sowie Vertreter jüngerer Generationen zusammengeschlossen. Ziel der VVN ist es, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten, dem Rechtsextremismus entgegenzutreten und die Demokratie zu stärken. Eine Vielzahl von Mitgliedern der VVN sind mit höchsten staatlichen Orden ausgezeichnet worden.« Die Etikettierung der VVN-BdA als »linksextremistisch« stelle daher eine persönliche Diffamierung der älteren Mitglieder der Vereinigung dar; die noch unter dem Naziterror in den Konzentrationslagern leiden mussten und werde ihrem Engagement für eine freiheitliche demokratische Gesellschaft nicht gerecht«. Die SPD-Fraktion hat erst vor kurzem zwei Anträge in den Bayerischen Landtag eingebracht, in dem die Herausnahme von A.i.d.a. und VVN-BdA aus dem Verfassungsschutzbericht gefordert wurde.

»Agitation gegen Rassismus und Sozialabbau«

Die Ausführungen der innenpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion über »eine deutliche Sehschwäche des Verfassungsschutzes auf dem rechten Auge« unterstreicht ein besonders dreistes Beispiel aus dem jüngsten VS-Bericht: »Die VVN-BdA«, heißt es da, »organisierte die bundesweite Kampagne ›nonpd‹ zur Durchführung eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens. Derartige Forderungen dienen zugleich dem Zweck, Einfluss auf demokratische Institutionen, Organisationen und Repräsentanten auszuüben bzw. ihn bei diesen zu gewinnen. Öffentliche Zeitzeugenauftritte von früheren KZ-Häft-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Beispiel für Zivilcourage

Erinnerung an Christoph Probst von der »Weißen Rose«

»Zivilcourage zeigen!« Unter dieses Motto hat das Werdenfelser Bündnis gegen Rechtsextremismus seine Veranstaltungsreihe für dieses und nächstes Jahr gestellt.

Als ein leuchtendes Beispiel für den aktiven Widerstand gegen das Naziregime soll an Christoph Probst erinnert werden, der im Februar 1943 zusammen mit Hans und Sophie Scholl als erste der Widerstandsgruppe »Weiße Rose« in München-Stadelheim mit dem Fallbeil hingerichtet wurde. Am 6. November 1919 in Murnau geboren, hatte er, wie die Geschwister Scholl, in München studiert und sich 1942 der »Weißen Rose« angeschlossen. Seine Frau Herta, die mit ihrem dritten Kind im Wochenbett lag, erfuhr erst nach der Hinrichtung von der Ermordung ihres Mannes.

Als hervorragendes Beispiel für Zivilcourage will das Bündnis Christoph Probst stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. »Widerstand leisten als 24-jähriger Familienvater, das ist etwas Besonderes«, wurde jetzt bei der Veranstaltungsplanung betont. Vorgeschlagen wurde eine Ausstellung, ein Theaterstück »möglichst mit der Murnauer Jugend« und eine Filmvorführung. Darüber hinaus soll zum Thema Rechtsextremismus die Autorin Claudia Hempel eingeladen werden, die das Buch »Wenn Kinder rechtsextrem werden« geschrieben hat. Außerdem wurde ein Vortrag über die Musik der rechtsextremen Szene angedacht. **-ele-**

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Abschied von Franz Meisl

Am 18. März ist Franz Meisl im Alter von 92 Jahren verstorben.

Geboren im Augsburger Stadtteil Oberhausen, verschlägt es ihn in seiner frühen Jugend nach Moskau. Sein Onkel Franz, ein Kommunist, übersiedelt 1921 als Arbeiter in die Sowjetunion. Franz Meisl findet nach dem Volksschulabschluss keine Lehrstelle in Augsburg. Deshalb beschließt seine Mutter, ihn 1932 zum Onkel nach Moskau zu schicken 1932 erhält er einen Reisepass und die Sondergenehmigung durch das Jugendamt. Nach einer Dreherlehre läuft 1937 seine Aufenthaltserlaubnis ab; Franz kehrt zurück nach Augsburg.

Franz kommt in einem Metallbetrieb unter, entgeht der Einberufung dadurch, dass es dort als »unabkömmlich« eingestuft wird. In einem Interview sagt er später über diese Zeit: »Man arrangierte sich. Das Herz stand links. Der Alltag dem entgegen.« 1942 wird seine Mutter, nachdem sie sich für Fremdarbeiter eingesetzt hatte, von den Nazis 14 Monate ins Gefängnis gesperrt. Im Hause der Familie treffen sich bis zur Befreiung immer wieder Gegner des NS-Regimes.

Bis ins hohe Lebensalter engagiert sich Franz danach als aktiver Gewerkschafter, als Teilnehmer vieler Aktionen der Friedensbewegung und nicht zuletzt in der VVN – viele Jahre als Kassierer im Kreisverband Augsburg und als Mitglied des Landesvorstandes.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Augsburg: Reliefs mit »Tradition«

Auf der Internetseite der VVN-BdA Augsburg steht zu diesem Bild: »Die Häuser in der Von-Richthofenstraße wurden renoviert. Erstaunlich ist, dass die alten NS-Reliefs wieder über den Türstürzen angebracht wurden.







Hausnummer 30 das Zeichen der Deutschen Arbeitsfront, Hausnummer 32 das Zeichen der Hitlerjugend und Hausnummer 34 das Zeichen der NS-Frauenschaft. Erst 1960 wurden die Hakenkreuze herausgemeißelt. Am Relief von Haus Nr. 32 kann man es noch erahnen. Ein Hinweisschild auf die Historie dieser NS-Symbole fehlt. Ein sehr fragwürdiger, kritikloser Umgang mit unserer Geschichte. Die Originalsymbole wurden in die Reliefaufnahmen einkopiert.«

Fotomontage: VVN Augsburg

(Fortsetzung von Seite 3)

SPD kritisiert bayerischen Verfassungsschutz: »Rechtsextremismus verharmlost«

lingen sollen der Organisation darüber hinaus einen demokratischen Anstrich verleihen. Schwerpunkte der Agitation der VVN-BdA waren der Antisemitismus, der Rassismus und der Sozialabbau.«

Bereits vor Veröffentlichung des VS-Berichtes hatten ehemalige Verfolgte des Naziterrors, Angehörige und Nachkommen in einem Appell an die Abgeordneten des Landtags, die Staatsregierung und das Innenministerium gefordert, »die Diffamierung von Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA durch den Verfassungsschutz zu beenden«.

»Wir sind Verfolgte des NS-Terrors, haben Gefängnis, Zuchthaus und Konzentrationslager überlebt oder sind Angehörige von Verfolgten«, heißt es in dem Appell. »Frauen und Männer des Widerstandes und Opfer des Naziregimes haben einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik und in Bayern erbracht. Wir engagieren uns heute noch durch unsere Arbeit in Gedenkstätten, in Schulen und Veranstaltungen.

Ziel ist es, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten, dem Rechtsextremismus entgegen zu treten und damit die Demokratie zu stärken. In diesem Bestreben wirken wir über politische, religiöse und weltanschauliche Unterschiede hinaus kameradschaftlich zusammen.

Im Widerspruch dazu steht jedoch die Tatsache, dass die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Bayern nach wie vor – im Gegensatz zu den allermeisten Bundesländern und zum Innenministerium der Bundesrepublik – vom Verfassungsschutz überwacht und als verfassungsfeindlich bezeichnet wird. Ungeachtet manch unterschiedlicher Auffassungen halten wir – Mitglieder und Nichtmitglieder der VVN – diese Einschätzung nicht nur inhaltlich für falsch, sondern sehen in ihr eine Diffamierung der Menschen, die als ehemalige Verfolgte oder als jüngere Mitglieder in der VVN-BdA organisiert sind und heute vielerorts einen dringend notwendigen Beitrag zur Abwehr rechtsradikaler, antisemitischer und ausländerfeindlicher Aktivitäten leisten.

Unsere Einschätzung sehen wir auch dadurch bestätigt, dass in diesem Sinne in Bayern seit Jahren viele Organisationen und Einrichtungen – von Gewerkschaften, Gedenkstätteninitiativen, religiösen Einrichtungen bis zu kommunalen Stellen – vertrauensvoll mit VVN-Mitgliedern und Gliederungen zusammenarbeiten.«

Zu den Erstunterzeichnerinnen und Unterzeichnern des Appells gehören Lina Haag, Jutta Franke, Hilde Kaim, Resi Kohlhofer, Karin Friedrich, Ernst und Werner Grube, Hugo Höllenreiner, Martin Löwenberg und Hans Taschner und aus der Generation der Nachkommen unter anderem die beiden Initiatorinnen der Landtags-Petition gegen die Diffamierungen der VVN durch den Verfassungsschutz Erika Kaim und Annita Reim. **E. A.**

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai
Hans Besold (87), Unterhaching; Martin Löwenberg (85), München; Eva Sengle (82), Füssen; Thomas Lindner (70), Murnau; Ingrid Schadinger (70), Nürnberg; Dr. Regine Stuckas-Grogan (65), Lichteneiche-Memmelsdorf.

Juni
Hans Taschner (99), Inning; Fritz Feuerer (88), München; Berta Raab (80), München; Helmut Steuerwald (80), Nürnberg; Dieter Flach (60), München.

Ostermarsch nach 50 Jahren

Unser Marsch ist eine gute Sache – immer noch

Am Ostermontag, dem 5. April, fand in Hamburg der Ostermarsch von der Friedenskirche in Altona bis zum Großneumarkt statt. Rund 500 Leute nahmen an dem Marsch teil, der sein 50-jähriges Jubiläum beging.



Zum 50. Mal: Ostermarsch durch Hamburg. Bild: hjm

Vorbild für die Ostermärsche waren die britischen Aktionen der »Kampagne für nukleare Abrüstung« (CND) mit ihren Aldermaston-Demonstrationen. Der erste deutsche Ostermarsch startete am Karfreitag 1960 mit 120 Teilnehmern in Harburg und führte in drei Tagen zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, der 1958 an die Bundeswehr übergeben worden war, aber noch überwiegend von den Briten genutzt wurde. Dort sollten Atomraketen von Typ »Honest John« getestet werden. Eine der Losungen war dann auch: »Wir wollen nicht in Bunkern wohnen, weg mit den Atomkanonen!«

Der diesjährige Ostermarsch forderte den Abzug der deutschen und übrigen Nato-Truppen aus Afghanistan. Spezifische Hamburger Forderungen waren: Beendigung der Patenschaft für die Fregatte »Hamburg«, keine Kriegsschiffsbesuche im Hamburger Hafen, keinen Missbrauch des Hafengeburtstags für Militärpropaganda, keine Bundeswehrpropaganda an Hamburger Schulen, keine Rüstungsproduktion in Hamburg, keine Rüstungsexporte über Hamburg.

Außerdem soll sich Ole von Beust mit den »Mayors for Peace« für die Abschaffung aller Atomwaffen einsetzen.

Hans-Joachim Meyer

Ein Totschläger als Veranstalter

Demo gegen Nazi-Konzerte in Moorburg

Am Karfreitag demonstrierten etwa 250 Menschen in Moorburg gegen die Konzerte von ultrarechten Rockgruppen im Lokal »Im alten Moorkathen«.



Das Elbdorf Moorburg wehrt sich gegen Nazi-Konzerte.

Veranstalter des Konzerts am 20. März mit den Gruppen »Kategorie C – Hungrige Wölfe« und »Nothlösung« war der Neonazi Stefan Silar, der in Tostedt (Landkreis Harburg) einen rechten Szeneladen betreibt. Gemeinsam mit einen Skinhead hatte Silar im März 1992 in Buxtehude einen Mitmenschen tot geschlagen, nachdem der Hitler als »größten Verbrecher« bezeichnet hatte. Nach seiner Haft macht Silar nun nahtlos weiter. Das Konzert sollte eigentlich in Buxtehude stattfinden. Nachdem der dortige Wirt abgesagt hatte, wurde es kurzfristig nach Moorburg verlegt.

Das Lokal »Im alten Moorkathen« gehört der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Saga. Diese hatte den Wirt wegen der Konzerte bereits abgemahnt. Nach dem neuesten Konzert hat sie ihm gekündigt. Presseberichten zufolge will er jedoch die Kündigung nicht akzeptieren und weiterhin solche Veranstaltungen durchführen. Dagegen richtete sich die Demonstration. Hauptrednerin war Anja Blös, Pastorin an der Moorburger Kirche. Unterstützt wurde die Aktion von 13 Moorburger Vereinen, dem Gesangverein, Heimatverein und sogar dem Schützenverein. Dem Wirt dürfte es schwerfallen, gegen das ganze Elbdorf wieder einen Fuß auf die Erde zu kriegen. Manfredt Brandt, Initiator der Demonstration, wandte sich direkt an ihn: »Du hattest deine Chance, du hast sie nicht genutzt. Jetzt ist Schluss.«

hjm

Neuengamme:

KZ-Gedenkstätte erneut geschändet

Am Ostermontag wurde das Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Neuengamme am hellichten Tag großflächig mit zwei mal vier Meter großen Hakenkreuzen und mit SS-Runen besprüht. Die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme zeigte sich schockiert über diese Unverschämtheit, zumal die Gedenkstätte bisher von solchen Aktionen weitgehend verschont geblieben ist. Der Bezirk Bergedorf wurde aufgefordert, künftig dafür Sorge zu tragen, dass eine derartige Schändung nicht wieder möglich ist.

hjm

Tod in Abschiebehaft

Keine Rücksicht auf Erkrankung

Am 7. März erhängte sich der Georgier David M. in seinem Krankenzimmer im Hamburger Untersuchungsgefängnis. Nach eigenen Angaben war er siebzehn Jahre alt, also minderjährig.

Er war über Polen nach Hamburg gekommen, wurde am 7. Februar aufgegriffen und in die Jugendstrafanstalt Hahnöfersand gesteckt. Dort trat er in den Hungerstreik und wurde in die Krankenabteilung des Untersuchungsgefängnisses verlegt. Obwohl die Behörden wussten, dass der Georgier psychische Probleme hatte, terminierten sie die Abschiebung für den 9. März.

Deutschland ist neben Österreich das einzige Land in der EU, das »unbegleitete minderjährige Flüchtlinge« abschiebt. 2009 waren es in Hamburg sechs Jugendliche.

Hinterher stellte sich heraus, dass der Georgier schon 25 Jahre alt war. Gleichgültig, wie alt: »Schluss mit den Abschiebungen«, forderte eine Demonstration vor dem Untersuchungsgefängnis. Ein Vertreter der Partei DieLinke forderte ein außerdem ein sicheres Aufenthaltsrecht, Arbeitserlaubnis für alle in Deutschland lebenden Menschen und Abschaffung der Sondergesetze für Nichtdeutsche.

hjm

Antifa-Veranstaltungen in Hamburg

31. Mai
AK Bücherverbrennung – Nie wieder! präsentiert »Nahe Jedenew« von Kevin Vennemann
Frühsommer 1941, ein Dorf in Polen: Zwei Mädchen, Schwestern, haben sich in ein Baumhaus geflüchtet. Sie müssen beobachten, was sie nie für möglich gehalten hätten. Deutsche Soldaten und polnische Bauern zerstören ihren Weiler. Das noch kürzlich so stabil erscheinende, friedliche Zusammenleben einer assimilierten jüdischen Familie mit ihren katholischen Nachbarn ist zerstört.

20.00 Uhr
Vers- und Kaderschmiede/Polittbüro, Steindamm
Eintritt 15 Euro,
ermäßigt 10 Euro.

20. Juni
Antifa-Filmreihe »Täter, Opfer, Widerstand«: »Schwarze Sonne« von Rüdiger Sünner
In einem der Kulträume der ehemaligen SS-Ordenszentrale Wewelsburg ist es zu finden: Ein Runenzeichen, das von der rechten Szene als »Schwarze Sonne« verklärt wird. Hier sollten Rituale und Kultfeiern stattfinden, die die Erhabenheit des »arischen Lichtes« gegen die »jüdisch-bolschewistische Finsternis« beschwor. Mythenforschung, Fackelzüge u. a. galten nicht nur der Propaganda, sondern vor allem der Vertiefung dieses Missionsgedankens.

Deutschland 1997, 90 Min.
17 Uhr, Metropolis-Kino

Redaktion: H.-J. Meyer
Nächster Redaktionsschluss ist Dienstag, 15. Juni.
Zuschriften bitte an die
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Ein Kolonialherr und Nazifreund

Endlich weg mit dem Namen Lettow-Vorbeck!

Seit zehn Jahren ist die Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld geschlossen. Er ist zwar nur aus der Nähe zu lesen, aber der Name »Lettow-Vorbeck« prangt immer noch am Kaserneneingang. Wer war dieser Mann?



Die Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld. Bild: hjm

Lettow-Vorbeck (1870 – 1964) stand für Kolonialismus und Kampf gegen die Weimarer Republik. 1900/01 bekämpfte er den Boxer-Aufstand in China. 1904 bis 1906 war er in Deutsch-Südwestafrika stationiert und beteiligte sich an der Niederschlagung des Herero-Aufstands. Von 1914 bis 1918 kommandierte er die Truppen in Deutsch–Ostafrika; meist einheimische »Askaris« wurden von ihm im Kampf gegen die Briten verheizt. Am 1. Juli 1919 marschierten seine Truppen von Mecklenburg aus auf Befehl des Wehrministers Gustav Noske (SPD) in Hamburg ein, um die sogenannten Sülze-Unruhen zu unterdrücken. Im März 1920 beteiligte er sich am Kapp-Putsch, kam vor ein Kriegsgericht, musste den Dienst quittieren. Den Nazis diente er sich mit seiner Forderung an, dass Deutschland seine Kolonien zurückhaben müsse. Die Nazis gingen zum Schein darauf ein, um die Weltöffentlichkeit zu täuschen, denn sie bereiteten spätestens seit 1937 die Eroberung des »Lebensraums im Osten« vor. Nach seinem Tod 1964 hielt Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel (CDU) die Trauerrede. Lettow-Vorbeck, so sagte er, sei »wahrlich im Felde unbesiegt geblieben«.

Auf dem Kasernengelände entsteht derzeit eine Wohnsiedlung. Noch gibt es für sie keinen offiziellen Namen, doch die Presse schreibt immer öfter von der »Lettow-Vorbeck-Siedlung«. Dass die Kaserne nach diesem Mann benannt wurde, ist schlimm genug. Und jetzt auch noch die Siedlung? Die VVN-BdA wird den Bezirk Wandsbek auffordern, dass der Name Lettow-Vorbeck endlich aus dem Stadtbild und aus dem Sprachgebrauch verschwindet. **hjm**

Ein außergewöhnlicher guter Mensch

Eberhard Zamory 1922 – 2010

An seinen Geburtstagen konnten wir ihn und uns beglückwünschen – dafür ihn zu kennen, mit ihm uns auseinanderzusetzen und in vielerlei Hinsicht von ihm lernen zu dürfen. Sogenannter »Halbjude« aus Breslau, als Jugendlicher nach England geflohen, Mitglied der Exil-FDJ und KPD-Mitglied bis 1968, das waren ebenso Stationen seines Lebens, wie der Eintritt in die britische Armee während des Krieges und in die Konkret-Redaktion während des Kalten Krieges. Es folgte intensive Beschäftigung mit indischer Religion in den siebziger Jahren und seine daraus resultierenden buddhistischen Überzeugungen und Aktivitäten.


Eberhard Zamory

In der Hamburger VVN-BdA arbeitete Eberhard Zamory sowohl als Zeitzeuge an Schulen und auf Veranstaltungen als auch im Landesverband mit. Eberhard initiierte zusammen mit einigen anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten nach der Zäsur von 1989 eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Verfolgung deutscher Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Sowjetunion und mit dem Umgang der VVN-BdA mit Kameradinnen und Kameraden, die die KPD verlassen hatten oder von ihr ausgeschlossen worden waren, befasste. Ihm ist es außerdem wesentlich mit zu verdanken, dass die Verstrickungen der Hamburger Polizei in den faschistischen Völkermord von 1933 bis 1945 und die ungebrochenen Nachkriegskarrieren im Polizeiapparat vor allem Hamburgs aber auch der BRD schließlich doch noch Gegenstand einer späten öffentlichen Auseinandersetzung wurden. In den letzten Jahren hat die Möglichkeit, als Zeitzeuge in Schulen aufzutreten wieder nachgelassen, was Eberhard schmerzlich erfuhr. Immer war es ihm ein Anliegen, seine Geschichte, in der sich viele Facetten der Herrschafts- und Verfolgungsgeschichte des 20. Jahrhunderts widerspiegelten, zu erzählen, sein Wissen und seine Erfahrungen an Jüngere weiter zu

(Fortsetzung auf Seite 7)

Klinkerwerk – Uckermark – Lieberose

Unterschriftensammlung für die Schaffung von Gedenkstätten

Mit den Gedenkveranstaltungen zum 65. Jahrestag der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager Klinkerwerk, Uckermark und Lieberose im Land Brandenburg am 19. April ist die erste internationale »Volksinititative für die Schaffung würdiger Erinnerungsorte an die während der NS-Zeit in Brandenburg Verfolgten und Ermordeten« gestartet.

Mit der Unterschriftensammlung will die VVN-BdA Brandenburg gemeinsam mit den vor Ort aktiven Initiativen drei der KZ-Außenlager stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, nämlich das *Vernichtungs- und Todeslager Klinkerwerk* in Oranienburg, das *Jugend-KZ für Mädchen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark* bei Fürstenberg und das *Todeslager Lieberose*. Es werden konkrete Maßnahmen zum Erhalt bzw. zur Rückgestaltung der Orte gefordert.

Zum Auftakt der Kampagne lud die VVN-BdA Brandenburg Vertreterinnen und Vertreter des Internationalen und nationalen Sachsenhausen-Komitees, der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark, des Vereins zur Förderung der antifaschistischen Mahn- und Gedenkstätte Lieberose und Überlebende der drei Konzentrationslager zu einer Pressekonferenz in das Stadthaus Potsdam ein. Weitere Veranstaltungen folgen.

Für den Erfolg der Volksinitiative werden innerhalb eines Jahres 20 000 Unterschriften benötigt. Obwohl formal nur in Brandenburg gemeldete Personen gezählt werden, wendet sich die Unterschriftensammlung auch an die antifaschistisch gesinnten Menschen außerhalb Brandenburgs, da die Gedenkorte von überregionaler Bedeutung sind und durch ein breites internationales Echo den Orten mehr öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die VVN-BdA Brandenburg ruft dazu auf, die Volksinititative zu unterschreiben und die Unterschriftensammlung in den Regionen, z.B. durch Auslage an Ständen oder in Cafés, aktiv zu unterstützen.

Unter http://brandenburg.vvn-bda.de/erinnerungsorte sind sowohl aktuelle und weiterführende Informationen zu den Gedenkorten Klinkerwerk, Uckermark und Lieberose als auch die Unterschriftenliste zur Volksinitiative zum Herunterladen und Ausdrucken zu finden. Die Listen werden auch auf dem Postweg versendet. Weitere Informationen gibt die VVN-BdA unter Tel. (01 51) 53 62 44 40 oder E-Mail erinnerungsorte@vvn-bda.de.

HAMBURG

(Fortsetzung von Seite 6)

geben. Dabei zeigte Eberhard jedoch keine Anhimmelung der Jugend gegenüber, sah Vieles am jugendbewegten Radikalismus eher kritisch. Er ließ sich aber auch eines Besseren belehren: Mit der autonomen Antifa könne die VVN-BdA nicht zusammen arbeiten, meinte Eberhard noch Anfang der Neunziger Jahre. Dann kam eine Anfrage aus dem Hamburger autonomen Zentrum »Rote Flora« nach Zeitzeugen für eine antifaschistische Veranstaltung und, wie auch immer, Eberhard sagte zu und machte sich zusammen mit einem alten Freund auf, das autonome Terrain einmal persönlich zu erkunden. Sie trafen auf etwa 50 junge Leute, die sehr interessiert zuhörten, kluge Fragen stellten und viele politische Diskussionspunkte aufwarfen. Und Eberhard? Ohne von seiner Kritik ihres Linksradikalismus abzulassen oder sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben änderte er seine Meinung bezüglich Kontaktpflege und Zusammenarbeit mit der autonomen Antifa zu einem deutlichen Ja. Ihm zu Ehren und zum Andenken an den am 27. Januar 88-jährig Verstorbenen hat der Landesverband Hamburg Ende Februar eine sehr schöne Feier in unserem VVN-BdA-Landesbüro ausgerichtet. **Ingwer Schwensen**

Karl Stenzel: Mit 95 Jahren noch immer aufklärend unterwegs

Landesvorstand gratuliert herzlich zum Geburtstag

»Wir brauchen die antikapitalistischen und antifaschistischen Jugendlichen. Und es ist egal, wie sie aussehen!« Das war einer der ersten Sätze, die ich von Karl Stenzel vor bald zehn Jahren hörte.

Tatsächlich bemüht sich Karl schon seit langem, junge Menschen für die Arbeit in den Gedenkstätten zu interessieren. Und tatsächlich hat er sich nie an Äußerlichkeiten gestört. Wichtig ist ihm, was einer tut. Wie wenig Karl sich um Konventionen kümmerte, zeigt seine eigene Hochzeitsfeier mit Lore Liebmann: Da ihnen die eigene Party nicht lustig genug war, verließen sie die Hochzeitsrunde, um sich woanders besser zu amüsieren. Aber das war schon 1947.



Karl und Lore Stenzel.

Geboren 1915, wurde er in einem proletarischen Elternhaus groß und begann sehr zeitig, an (teilweise bewaffneten) politischen Auseinandersetzungen teilzunehmen. Es verstand sich bei seiner Herkunft damals fast von selbst, dass er Jungkommunist wurde. Nur ein paar Wochen nach dem Machtantritt der NSDAP ist er zum ersten Mal verhaftet worden.

Ein Jahr später wird er wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, die er unter anderem in den Moorlagern und im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel verbringen muss, bis er ab 1941 ins KZ Sachsenhausen gerät. Als die Rote Armee im April Sachsenhausen befreite, feierte Karl seinen 30. Geburtstag.

Ende April ist Karl Stenzel 95 Jahre alt geworden. Und immer noch ist er unterwegs, um an Schulen über die NS-Zeit aufzuklären und die Arbeit der Gedenkstätten kritisch zu betrachten. Der Vorstand VVN-BdA Brandenburg dankt, wünscht gute Genesung und gratuliert herzlich zum Geburtstag!

V. D.

Redaktion: Landesvorstand
VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Tel.: (01 51) 53 62 44 40
Fax: (03 31) 2 80 58 81
E-Mail: brandenburg@vvn-bda.de
www.brandenburg.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto: GLS Bank, BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500

Rüsselsheim: Neue Stolpersteine

»Hier begann das Grauen, nicht erst in Auschwitz«

Hans Zinkeisen, Mitarbeiter der Aktion Stolpersteine, hat bei einer Verlegung in Rüsselsheim unter anderem ausgeführt:

Im Rahmen des Kunstprojektes »Stolpersteine« des Kölner Bildhauers Gunter Demnig werden kleine Steine mit Messinginschriften vor den letzten frei gewählten Wohnorten unserer »verschwundenen Nachbarn« ins Pflaster gesetzt. Hier in der unmittelbaren Nachbarschaft begann das Grauen, und nicht erst in Auschwitz.

Hier wurden unsere Nachbarn erst ausgegrenzt, dann verfolgt, abgeholt und deportiert. Damit werden kleine Denkmale direkt vor unsere Türen gesetzt und nicht verschämt in Parks, wo sie kaum Beachtung finden. Durch solche Nach-Denk-Zeichen wollen wir Bürger anregen, sich genauer mit den Entwicklungen vor Ort und der eigenen politischen und familiären Geschichte zu beschäftigen. Auch in der Hoffnung, daraus soviel politische Sensibilität und Zivilcourage zu schöpfen, dass ähnliche Entwicklungen, wenn sie sich ankündigen, auf breiten Bürgerwiderstand stoßen.

Wer waren diese Opfer? Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens, Menschen aus den politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereichen, Behinderte und kranke Menschen, später ausländische Zwangsarbeiterarbeiter und Kriegsgefangene. Sie wurden denunziert, gefoltert, deportiert, erschossen und vergast aus »rassischen« und »politischen« Gründen. Wo ist deren Platz in unserer Erinnerung? Haben wir Plätze der Trauer und des Abschieds? Eine der Formen und Denkzeichen im alltäglichen Leben sind die Stolpersteine. Sie lassen einen inne halten und machen das Vergangene gegenwärtig.

8. Mai bleibt »Tag der Befreiung«

Rede von Willi van Ooyen MdL (DieLinke) vor dem Landtag

Als der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Jahr 1985 den 8. Mai 1945 den Tag der Befreiung nannte, war das wie eine zweite Befreiung. Die Befreiung nämlich von der Lüge und der Selbsttäuschung, wonach es sich dabei eigentlich nur um die Beendigung des Krieges handele.

Der 8. Mai war der Tag der Befreiung von einem menschenverachtenden System. Beispiellos in der Geschichte ist der Völkermord an den Juden, ist die physische Vernichtung der Opposition, ist der Hass gegenüber Andersdenkenden und ist schließlich die Zerstörung unserer Kultur.

Der 8. Mai muss deshalb ein Tag des Nachdenkens über den Verlauf unserer Geschichte und deren Folgen sein. Dem haben wir uns verantwortlich zu stellen. Dieses Nachdenken muss zu Konsequenzen führen, ohne die Versuche, die Naziherrschaft mit deren Folgen aufzurechnen. Der 8. Mai 1945 darf nicht vom 30. Januar 1933 getrennt werden.

Vielleicht gelingt es, etwas vom Geist und dem Inhalt der bedeutenden Weizsäcker-Rede ins Bewusstsein zu rufen. Er gedachte aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft, insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden, aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.

Weizsäcker ehrte das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten. Und Richard von Weizsäcker gedachte derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.

Die Beteiligung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an der von uns vorgeschlagenen Gedenkveranstaltung zum 8. Mai ist eine Verneigung vor den Opfern und deren Organisation. Die kritische Auseinandersetzung mit der Naziherrschaft in unserem Bildungswesen ist ein Auftrag unserer Hessischen Verfassung, den es zu verwirklichen gilt. Darin heißt es: »Der Geschichtsunterricht muss auf getreue, unverfälschte Darstellung der Vergangenheit gerichtet sein. Dabei sind in den Vordergrund zu stellen die großen Wohltäter der Menschheit. Nicht aber Feldherren, Kriege und Schlachten. Nicht zu dulden sind Vorstellungen, welche die Grundlagen des demokratischen Staates gefährden.«

Antifaschisten stellen sich zur Verfügung, um als Zeitzeugen Schulklassen und Jugendgruppen zu informieren. Das wäre aus unserer Sicht eine sinnvolle Ergänzung der sonstigen erforderlichen antifaschistischen Informationsarbeit. Für uns ist gleichzeitig klar: in unseren Schulen darf nie mehr für Kriegseinsätze geworben werden. Für uns – als LINKE – ist im Andenken an Eugen Kogon und Emil Carlebach – um nur zwei Namen zu nennen, die zum Aufbau dieses Landes Hessen wesentliche Impulse gaben, wichtig, an den Schwur von Buchenwald (auch der jährt sich im April zum 65. Mal) zu erinnern:

Ich zitiere: »Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. … Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Diese politischen Positionen werden wir in unserer programmatischen Debatte und auch in den Überlegungen zur Neugestaltung unserer Gesellschaft als wichtige Impulse immer berücksichtigen. Wir hoffen, dass sich auch die Landesregierung und die sie tragenden Parteien nicht nur am kommenden 8. Mai für eine bessere Würdigung dieses Tages einsetzen werden.

Für diesen Schwur von Buchenwald sind wir am 13. Februar in Dresden erfolgreich gegen die Faschisten auf die Straße gegangen, dafür haben wir in Wetzlar und an vielen anderen Orten »Gesicht gezeigt«. Widerstand gegen Nazis ist nach Artikel 139 des Grundgesetzes geboten. Deshalb werden wir auch am 8. Mai dieses Jahres gegen den Aufmarsch der Faschisten hier in Wiesbaden auf der Straße sein.

Für uns bleibt der 8. Mai der »Tag der Befreiung«. »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg« ist für uns die politische Handlungsgrundlage.

CDU besteht Demokratie-Test nicht

Dies ist der Text einer Rede von Willi van Ooyen (Die LINKE) im Hessischen Landtag vom 24. März.

Die CDU reagierte auf die darin vorgeschlagene Initiative der LINKEN in typisch antikommunistischer Manier. Die gescheiterte Kultusministerin Karin Wolff durfte im Namen der CDU-Fraktion erklären, die Linke wolle sich mit der Einbeziehung der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« einer Organisation bedienen, die über Jahre in den VS-Berichten verschiedener Länder und des Bundes Erwähnung gefunden habe und in Hessen zum Beispiel mit der »Roten Hilfe« aufgetreten sei. Wolff sah darin eine »Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus«, glaubte gar eine »Verharmlosung von Gewaltherrschaft und Angriffen auf unsere Verfassung« entdekken zu können.

Dabei waren und sind es die Antifaschisten, die sich seit 1946/47 in der VVN organisierten, die aktiv an der Entstehung der hessischen Verfassung mitgewirkt haben und auch heute noch diese Verfassung gegen jegliche Angriffe aus der FDP oder der CDU verteidigen. So bleibt der politische Umgang mit dem 8. Mai 1945 auch 65 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg der ideologische Lackmus-Test für eine demokratische Grundhaltung.

Ulrich Schneider



Ostermontag 2010: Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg. Wenige Stunden zuvor kam die schreckliche Nachricht aus Afghanistan: Deutsche und afghanische Soldaten kamen ums Leben, wurden Opfer dieses wahnwitzigen Militäreinsatzes am Hindukusch. Der Krieg in Afghanistan war beherrschendes Thema auch des Frankfurter Ostermarsches – von der fulminanten Rede von Ostermarsch-Mitgründer Andreas Buro bis zu den zahllosen Transparenten, die den Abzug aus Afghanistan fordern. Bild: Dietmar Treber

DGB Frankfurt-Rhein-Main

Fahrt nach Buchenwald

Unter dem Titel »Der Schoß ist fruchtbar noch … Eine Fahrt in die Vergangenheit« veranstaltet der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main vom 25. bis 27. Juni 2010 ein Wochenendseminar im ehemaligen KZ Buchenwald. Busabfahrt am Freitag 25. Juni um 9 Uhr am Frankfurter DGB-Haus, Rückkehr Sonntag am Spätnachmittag. Teilnahmebeitrag 50 Euro, ermäßigt 25 Euro. Anmeldung: Telefax: (0 69) 27 30 05-79, E-Mail: horst.koch-panzner@dgb.de

Mitgliederversammlung der VVN-BdA Hessen

Samstag, 30. Oktober
14 bis 17.30 Uhr
Frankfurt a. M.
Saal der AWO Nordend, Eckenheimer Landstr. 93, mit U5 bis Glauburgstraße

Initiative gegen das Vergessen

»Katzbach«: Gedenkstätte für Opfer von Zwangsarbeit gefordert

Vor 65 Jahren wurde das KZ »Katzbach« auf dem Gelände der Frankfurter Adlerwerke aufgelöst. Von den rund 1700 dort eingesetzten Zwangsarbeitern erlebten nur 54 das Kriegsende. Eine Initiative fordert die Errichtung einer Gedenkstätte.

Zwei Veranstaltungen in Frankfurt erinnerten Ende März an das Konzentrationslager in Frankfurt. Vorgestellt wird der Film »Zwei Balkone«, in dem die letzten Überlebenden zu Wort kommen. Anwesend waren auch die beiden polnischen Zeitzeugen Zymunt Swistak und Andrzej Branecki. Die »Initiative Gegen Das Vergessen« (IGDV) forderte auf diesen Veranstaltungen erneut, eine Gedenkstätte zur Zwangsarbeit in Frankfurt sowie eine NS-Dokumentationszentrum für alle Opfergruppen des deutschen Faschismus einzurichten. Besonders geeignet erscheint das Gelände der ehemaligen Adlerwerke, auf dem sich das ehemalige KZ »Katzbach« befand. Darüber hinaus forderte die Initiative eine Fortführung der Besuchsprogramme mit Zwangsarbeitern aus den osteuropäischen Ländern.

Das KZ »Katzbach« war ein Außenlager des KZ Natzweiler (Elsass) und befand sich auf dem Gelände der Adlerwerke in Frankfurt. Dort produzierte man Fahrräder, Automobile und Schreibmaschinen, im Krieg wurden die Werke zum führenden Wehrmachtslieferanten für Leichtpanzerwagen. Seit August 1944 wurden etwa 1.700 Menschen, die meisten aus Polen vom niedergeschlagenen Warschauer Aufstand, über Buchenwald und Dachau dorthin verschleppt. Die Bedingungen im KZ »Katzbach« waren grausam, die Häftlinge litten ständig an Hunger, Krankheiten grassierten. Ein Zeitzeuge im Film »Zwei Balkone« berichtet, dass es »schlimmer als Dachau« gewesen sei. Die »Vernichtung durch Arbeit« forderte täglich viele Tote.

Bis zur Auflösung des KZ im März 1945 starben allein während dieser Zeit nachweislich 518 Zwangsarbeiter, die in einem Sammelgrab auf dem Frankfurter Hauptfriedhof ihre letzte Ruhe gefunden haben. Viele Kranke wurden ins KZ-Krankenlager nach Vaihingen oder nach Hadamar verlegt. Als die US-Armee im März 1945 den Rhein überschritt, wurden etwa 650 Menschen in einen Güterzug nach Bergen-Belsen geschickt. Ohne Verpflegung und Wasser und ohne sanitäre oder medizinische Versorgung überlebten nur wenige diese grausame Fahrt. 350 Zwangsarbeiter mussten einen Todesmarsch antreten, der zunächst durch Hessen nach Hünfeld (Rhön) führte. Weiter ging es mit dem Waggon nach Buchenwald und nach Flossenbürg. Den abschließenden Todesmarsch nach Dachau überlebten nur noch 38 Menschen.

Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wird an jenes Lager mitten in Frankfurt erinnert, und Gedenktafeln am Gebäude der ehemaligen Adlerwerke und am Massengrab auf dem Frankfurter Hauptfriedhof weisen auf dieses dunkle Kapitel hin. Die »Initiative Gegen Das Vergessen« (IGDV nahm den wahrscheinlich letzten Besuch von Überlebenden zum Anlass, eine Gedenkstätte zur Zwangsarbeit in Frankfurt zu fordern. Zu den unterstützenden Organisationen zählen u.a. die Claudy-Stiftung, der Förderkreis Roma e.V., die Lagergemeinschaft

(Fortsetzung auf Seite 10)

NIEDERSACHSEN

Nur wenige Häftlinge überlebten

Erinnerung an das Massaker in Celle vor 65 Jahren

Am 8. April fanden sich Celler Bürger, unter ihnen auch Mitglieder der Celler VVN–BdA in den Triftanlagen ein, um an das Massaker in Celle vor 65 Jahren zu erinnern. 1992 wurde dort ein Denkmal errichtet, nachdem in den 80er-Jahren viele aufrechte Celler Bewohner Nachforschungen angestellt hatten. Daraufhin musste auch das offizielle Celle tätig werden.



8. April: Celler AntifaschistInnen gedenken der Opfer. Bild: Klaus Meier

Bei einem Bombenangriff im April 1945 auf den Celler Güterbahnhof wurde ein KZ-Transport mit rund 4500 Gefangenen aus dem KZ Salzgitter-Drütte und Zwangsarbeiterinnen aus dem Lager Salzgitter-Bad getroffen. Viele Menschen, wahrscheinlich zwischen 400 und 1000 kamen dabei um. Überlebende Häftlinge flohen in das nahe gelegene Neustädter Holz. Der Celler Stadtkommandant befahl daraufhin der in der Nähe stationierte SS–Einheit, einer Wehrmachtskompanie, der Celler Polizei, die Flüchtenden einzufangen, bzw. sie auch gleich zu erschlagen oder zu erschießen. Bis tief in die Nacht waren Schüsse und Schreie zu hören. Um Mitternacht waren die meisten überlebenden Häftlinge auf einem Sportplatz zusammengetrieben worden. An der am 9. und 10. April folgenden Nachsuche in Häusern und Gärten beteiligten sich auch Zivilisten und Volkssturmmänner; sie erschlugen oder erschossen manche Häftlinge. 30 Häftlinge exekutierten sie als »Plünderer«.

Einigen Häftlingen gelang es, sich bis zum Eintreffen der alliierten Befreier verborgen zu halten. Andere hielt die Bevölkerung fest und übergab sie an die deutsche Wehrmacht.

Die Aktion führte zur erneuten Gefangennahme von rund 1100 Häftlingen. Älteren Quellen zufolge wurden 200 bis 300 Häftlinge erschossen; als gesichert gilt eine Mindestzahl von 170 Opfern.

Aus ungeklärten Gründen überließ die dezimierte SS-Bewachung einen Teil der Gefangenen der Wehrmacht und trieb eine große Anzahl von ihnen weiter nach Bergen-Belsen. Auf diesem Todesmarsch erschoss die SS entkräftete Häftlinge, die nicht mehr weitermarschieren konnten, am Wegesrand.

Eine andere Gruppe blieb in einer geräumten Kaserne in Celle zurück. Die Verantwortung für dieses »improvisierte Konzentrationslager« bekam ein für das Kriegsgefangenenwesen zuständiger Hauptmann sowie die Stadtverwaltung, die für die karge Verpflegung und unzureichende ärztliche Versorgung der Gefangenen sorgen sollten. Bei der kampflosen Übergabe der Stadt am 12. April 1945 fanden die britischen Truppen Hunderte unversorgter Menschen vor, darunter zahlreiche Sterbende sowie Tote. 162 der Befreiten lieferten sie alsbald in ein Hilfskrankenhaus ein. **Klazs Meier**

HESSEN

Gedenkstätte »Katzbach«

(Fortsetzung von Seite 9)

Auschwitz-Freundeskreis, der Studienkreis Deutscher Widerstand, die VVN-BdA, Gegen Vergessen – Für Demokratie sowie gewerkschaftliche Gruppierungen.

Erfreulich war die große Presseresonanz. Der Hessische Rundfunk, die regionale Presse und andere Medien berichteten ausführlich über die Initiative. Damit konnte ein langjähriges Schweigen und Verdrängen überwunden werden. Dies ist ein Erfolg der »Initiative Gegen Das Vergessen« (IGDV) und ihrer Beharrlichkeit, sich dieses Themas anzunehmen und den Opfern, die mittlerweile nicht mehr selber für ihre Interessen streiten können, eine Stimme zu geben. **Ulrich Schneider**

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

An Darmstädter Retter in Uniform erinnert

Karl Plagge: Ausstellung im ITS Bad Arolsen

In Vorbereitung auf den 8. Mai zeigt der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen eine Ausstellung der Darmstädter Geschichtswerkstatt über den Wehrmachtsoffizier Karl Plagge (1897-1957). Als Leiter des »Heereskraftfahrtparks« im litauischen Vilnius hatte er von 1941 bis 44 ungefähr 250 jüdische Zwangsarbeiter vor der faschistischen Vernichtungspolitik gerettet.



Karl Plagge

Karl Plagge gehörte zu der verschwindend kleinen Minderheit in der deutschen Wehrmacht, die – obwohl selbst Mitglied der NSDAP – dank eigener Zivilcourage und Menschlichkeit dem Wahnsinn des Vernichtungskriegs widerstanden. Wolfram Wette schätzt, dass es von 18 Millionen Wehrmachtsangehörigen nur knapp 100 solcher »stillen Helden« oder »Retter in Uniform« gab.

In Vilnius (Wilna) bekam Plagge die barbarischen Aktionen der Judenvernichtung durch die Einsatzkommandos von SS- und Sicherheitskräften und deren litauischen Hilfstruppen hautnah mit. Seine Konsequenz war aber eine andere als die von Millionen Wehrmachtskameraden: Plagge schaute nicht weg oder billigte gar dieses mörderische Tun, sondern betätigte sich aktiv in seinem Arbeitsfeld als Retter in Uniform.

Mit seinem Wissen waren 1944 beim militärischen Rückzug in seinem Handlungsbereich Verstecke vorbereitet worden, in denen etwa 250 Juden die Tage bis zur Befreiung durch die Rote Armee überlebten.

Im April 2005 ehrte die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem Karl Plagge mit der höchsten Auszeichnung, dem Titel als »Gerechter unter den Völkern«. Die Stadt Darmstadt hatte zuvor Karl Plagge 2003 mit einer Straße auf dem Knell-Gelände gewürdigt.

Ulrich Schneider

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 500 100 60

Gedenken an 20 000 Opfer

Bergen-Belsen und Hörsten

Die offiziellen Organisatoren der Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung des Lagers Bergen-Belsen haben erstmals auch das Kriegsgefangenenlager Hörsten miteinbezogen. Vor Beginn der traditionellen Feier am Obelisken wurden im Beisein von Staatsminister Bernd Neumann und in Gegenwart von etwa hundert Überlebenden Kränze am Mahnmal am Sowjetischen Friedhof niedergelegt.



Kränze am Obelisken der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Bild: rwk

So ehrten die Anwesenden die über 20 000 großteils sowjetischen Gefangenen, die hier unter unmenschlichsten Bedingungen zu Tode gekommen waren. Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann hielt eine Gedenkrede.

Am Eingang zur Gedenkstätte für das Konzentrationslager war die VVN-BdA mit einem stark beachteten Informationsstand präsent. Die Gedenkstunde am Obelisk – mit Zeitzeugen und Grußansprachen – war eindrucksvoll, sie offenbarte jedoch auch die Widersprüche des offiziellen Verhältnisses zur Nachkriegsgeschichte. Dem Lob der Adenauer-Regierung durch den Vertreter des Jüdischen Weltkongresses stand das Grußwort Manfred Böhmers vom Niedersächsischen Verband der Sinti gegenüber. Er erinnerte daran, dass die planmäßige Vernichtung seiner Volksgruppe nach 1945 nicht anerkannt worden war und dass sie, ebenso wie die Vernichtung der Juden, durch die Nürnberger Rassengesetze in die Wege geleitet wurde – akribisch kommentiert durch Hans Globke, später Staatssekretär und enger Vertrauter Adenauers.

Ein großer Kreis von Antifaschisten versammelte sich am Sowjetischen Friedhof in Hörsten zur Gedenkstunde der VVN-BdA. Illia Riaboi, Veteranenvorsitzender der Rotarmisten in Hannover hielt eine eindrucksvolle Ansprache in der er von seinen Eindrücken im zerstörten Nachkriegsdeutschland berichtete und leidenschaftlich zum Frieden mahnte.

Bruno Mahlow, Sohn eines antifaschistischen Emigranten, in der Sowjetunion geboren und heute in der VVN-BdA Berlin aktiv, wendete sich gegen Geschichtsrevisionismus und unterstrich die Rolle der Sowjetunion bei der Niederschlagung der Hitlerfaschismus.

An der Veranstaltung wirkten neben dem DGB Nord-Ost auch Jugendliche vom internationalen Workcamp Bergen-Belsen und von der SJ Die Falken Braunschweig mit. Rezitationen und Musik umrahmten die Veranstaltung. **rwk**

Hameln: Termine für AntifaschistInnen

»Arbeit und Leben« in Kooperation mit Antifa Hameln-Pyrmont lädt ein:

27. Mai, 19 Uhr
Am 5. Juni wollen sich Neonazis in Hildesheim zum »Tag der Heimat« zusammenrotten. Es wird über den Neofaschismus in und um Hildesheim informiert.

24. Juni, 19 Uhr
Eine neue rechte Zeitung »Zuerst« ist auf dem Markt. Wir wollen beraten, welche anderen extrem rechten und neofaschistischen Zeitungen so an den Kiosken zu erwerben sind.

22. Juli, 19 Uhr
Am 14. August wollen Hunderte Neonazis in Bad Nenndorf erneut einen »Gedenkmarsch« zum ehemaligen britischen Lager für Deutsche abhalten. Wir wollen informieren, worum es dabei geht.

Alle Veranstaltungen finden in der Sumpfblume, Kleiner Veranstaltungssaal, statt, und zwar in Hameln, Stockhof 2a. Rechtsextreme haben keinen Zutritt.

Zum 65. Jahrestag der Befreiung

»Vernichtung durch Arbeit« im KZ Hannover-Ahlem

Am 12. April fand an der Gedenkstätte für das ehemalige KZ Ahlem die traditionelle Feier zur Erinnerung an die Befreiung durch amerikanische Truppen am 10. April 1945 in Form eines ökumenischen Gottesdienstes statt. Ehrengäste waren in diesem Jahr die beiden Überlebenden Moshe Miedzinski und Nachum Rotenberg, die aus Israel angereist waren.

Das Lager Ahlem – ein Außenlager des KZ Neuengamme – ist ein Zeugnis der letzten verzweifelten Verbrechen der faschistischen Kriegsmaschinerie. In ehemaligen Asphaltstollen sollten Rüstungsbetriebe ihre Produktion den Bombenangriffen der Alliierten entziehen. Um die Stollen dafür wieder nutzbar zu machen, wurden ab Spätherbst 1944 rund 850 Häftlinge unter erbärmlichen Bedingungen in dem Lager untergebracht.

Der Arbeitseinsatz in den Stollen war mörderisch. Mindesten 400 Menschen wurden Opfer dieses Systems der »Vernichtung durch Arbeit« oder der unmittelbaren Brutalität des Wachpersonals.

Die Kreisvereinigung Hannover der VVN-BdA ist dieser Gedenkstätte von Anfang an in besonderer Weise verbunden – war es doch ihr verstorbenes Ehrenmitglied, der Kamerad Kurt Baumgarte, der 1979 durch eine Flugblattaktion an die frühere Existenz dieses Lagers erinnert hatte, ehe sich dann 1987 die Arbeitsgemeinschaft »Bürger gestalten ein Mahnmal« gründete. Nach der Gedenkfeier lud die benachbarte Heisterbergschule, die seit Jahren die Patenschaft für das Mahnmal übernommen hatte, zu einer Feierstunde ein, in der ein Miniaturmodell des Lagers der Öffentlichkeit übergeben wurde. Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann sprach ein Grußwort. Die beiden Ehrengäste berichteten über ihr Leben im Lager. Musikalische Beiträge und Darbietungen von Schülerinnen und Schülern umrahmten die Veranstaltung.

Reinhold Weismann-Kieser

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Fünftklässler sammeln Spenden

Gedenktafel für Frauen aus der Barnimstraße

Schüler der fünften Klasse der Spartacus-Grundschule in der Friedenstraße hatten 2008/09 antifaschistische Künstlerinnen und Künstler eingeladen.

Elfriede Brüning sprach mit ihnen über ihre Haft in der nahegelegenen Barnimstraße, und auch die Autorin Claudia von Gélieu gab Antworten zur Geschichte des Frauengefängnisses. Hans Hübner hat mit ihnen über die Malerin Helen Ernst gesprochen, die Zeichnungen über ihre Haft angefertigt hatte.

Aus diesen Begegnungen entstand eine Präsentation, mit der sich die Schüler an dem Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten »Helden. Verehrt. Verkannt. Vergessen.« beteiligten und mit dem Landespreis ausgezeichnet wurden. Mit 160 Euro ihres Preisgeldes beteiligen sich die Schüler nun an einer neuen Gedenktafel, die die alte ersetzen soll. Aus der Diskussion mit den Schülern ist im Herbst 2009 ein gemeinsamer Text entstanden:

»Von 1868 bis 1974 stand hier das Berliner Frauengefängnis Barnimstraße. Darin waren Frauen aus unterschiedlichsten Gründen inhaftiert. In der Entbindungsstation des Gefängnisses wurden viele Kinder geboren. Von 1933 bis 1945 stellten politisch verfolgte Frauen die Mehrheit der Häftlinge. Über 300 von ihnen wurden in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee ermordet.«

Die neue Tafel wird am 8. Juni um 11 Uhr am Zaun des Jugendverkehrsgartens in der Barnimstraße enthüllt. Für die neue Gedenktafel fehlen uns noch zirka 250 Euro. **H.C.**

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Langer Tag des grünen Kaktus

Erfolgreiche Aktionen gegen Nazis in Neukölln

Das hatte wohl niemand am Frühlingsanfang, de 20. März erwartet: Schon der Auftakt, der antifaschistische Stadtrundgang am Mittag durch den Jonasstraßen-Kiez, war ein voller Erfolg.

Statt der erwarteten 30 Teilnehmer standen mehr als 150 meist junge Menschen am Startpunkt, dem Salvador-Allende-Club in der Jonasstraße 29. Er war, wie viele andere linke Einrichtungen in Neukölln, Ziel von Angriffen der Neonazis. Beim Club gingen bereits dreimal die Scheiben zu Bruch.

Um die Betroffenen nicht allein zu lassen, auch mit den Sachschäden, hatte ein breites Neuköllner Bündnis zum »langen Tag gegen Nazis« an diesem Sonnabend eingeladen. Das Symbol war der grüne Kaktus.

Mit dem grünen Kaktus und vielen anderen Plakaten für ein nazifreies Neukölln ging es los: Claudia von Gélieu von der VVN-VdA hatte sich als Stadtführerin etwas Besonderes ausgedacht. An jeder Hausnummer der Jonasstraße wurden die Namen und das Schicksal derjenigen Bewohner verlesen, die von Nazis verhaftet oder anderweitig drangsaliert worden waren. Es war tief beeindruckend, dass an fast jedem zweiten Haus gestoppt werden musste. Klar, dass die vielen Menschen nicht auf dem Bürgersteig Platz hatten, sondern auch die Fahrbahn bevölkerten. Die begleitende Polizei war in der Zwickmühle, erkannte schließlich die Aktion als »Spontandemonstration« an und sperrte die Straße. Unter den Teilnehmern war auch Petra Pau (Die Linke), Vizepräsidentin des Bundestages. Auch sie verlas, wie viele Teilnehmer, den Namen eines im Faschismus verhafteten Bewohners der Jonasstraße.



Aktionstag gegen Naziüberfälle in Neukölln. Beginn der Stadtführung am demolierten Salvador-Allende-Club. Bild: Vera Seidel

Die VVN-VdA trug mit einer zweiten Veranstaltung zum Gelingen des »langen Tages« bei: Am Abend gab es in der Galerie »Olga Benario« einen Vortrag und einen Film zum Thema Kapp-Putsch, denn im März 1920, vor 90 Jahren also, fand schließlich der einzige erfolgreiche Generalstreik in der deutschen Geschichte statt. Es war so voll, dass arger Mangel an Stühlen herrschte.

Natürlich fanden vor allen Dingen abends viele Veranstaltungen anderer Gruppen statt: Im »Syndikat« gab es eine Anti-Nazi Rallye. Im »ukk« wurden Filme gegen Nazis gezeigt. Im »tristeza« war eine Künstlerin aus Paris zu Gast. Im »S.G.P.G.I.B.« konnte man einen Mojito-Special trinken. Im »Ori« waren Anti-Nazi-Cartoons zu besichtigen und im »Friedel 54« gab es Antifa-Swing. Viele Jüngere begnügten sich nicht mit einer Veranstaltung, sondern zogen am Abend von einem Treff zum nächsten. Alle Veranstaltungen waren sehr gut besucht, manche sogar überfüllt.

Mit diesem »langen Tag« ist die Kampagne gegen die Nazis in Neukölln nicht beendet. Sinn und Zweck des entstandenen starken Bündnisses soll die Information des bezirklichen Umfeldes und dessen Vernetzung sein. Man will Gesicht zeigen und den Nazis klarmachen, dass ihnen der Kiez nicht überlassen wird. Der Erlös dieser Auftaktaktion geht vor allen Dingen an die Betroffenen, damit sie ihre Sachschäden ausgleichen können, um auf jeden Fall zu verhindern, dass ein Projekt aus finanziellen Gründen schließen muss. Nach einem ersten Überblick sind mehrere Tausend Euro zusammen gekommen. **Vera Seidel**

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa-Jour Fixe

Montag, 17. Mai

Kurt Gutmann, Nebenkläger im Demjanjuk-Prozess

Demjanjuk wird angeklagt, in Sobibor an der Ermordung von über 27 900 Personen teilgenommen zu haben, unter ihnen auch die Mutter von Kurt Gutmann. Gutmann entkam als 12-Jähriger der Ermordung, diente später in der britischen Armee. Nach dem Krieg kehrte er zurück, um ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland aufzubauen.
Für die musikalische Umrahmung sorgt »Klezmorim Sennomaj«.

…immer am 3. Montag, ab 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle.
Karl-Marx-Allee 72, Berlin (U 5 zw. Strausberger Platz und Weberwiese)



Ein Teil des Stadtparks trägt seit April den Namen von Kurt Julius Goldstein. Bild: Gabriele Senft

Park nach Antifaschisten benannt

Kurt Julius Goldstein kämpfte zeitlebens gegen Faschismus

Am Sonntag, 11. April, wurde im Berliner Bezirk Marzahn/Hellersdorf auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung ein neu gestalteter Teil des Stadtparks nach Kurt Julius Goldstein, einem Antifaschisten und Kommunisten, benannt. Mehrere hundert Personen wohnten dem Ereignis bei.

Zu ihnen zählten auch die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke), Gesine Lötzsch und weitere Bundestagsabgeordnete, Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Die Linke), BVV-Abgeordnete, Dr. Hans Coppi, Landesvorsitzender der Berliner VVN-BdA, ein Vertreter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sowie zwei Söhne von Kurt Julius Goldstein. Wie mehrere Redner feststellten, war dies bundesweit die erste Namensgebung für einen öffentlichen Ort zur Ehrung eines Antifaschisten, Spanienkämpfers und Kommunisten seit 1989.

Wer war Julius Goldstein? Dies war sein eigentlicher Name; der zweite Vorname »Kurt« entstammte seinem Decknamen »Kurt Berger«, unter dem er seit 1930 für die Kommunistische Partei tätig war. 1914 in Hamm/Westfalen geboren, leistete er bereits als Jugendlicher aktive antifaschistische Arbeit. Nach dem Reichstagsbrand wurde er kurz inhaftiert; konnte aber fliehen. Über Luxemburg gelangte er nach Paris. 1935/36 lebte er in Palästina. Im November 1936 ging er nach Spanien, wo er sich den Interbrigaden anschloss. Bis zur Demobilisierung der Internationalen Brigaden war er Politkommissar einer Einheit.

Kurt Julius Goldstein durchlief anschließend in Frankreich mehrere Internierungslager, bis er 1942 an Deutschland ausgeliefert wurde. Er landete mit der Häftlingsnummer 58866 in Auschwitz. Bei der Zwangsarbeit in den Kohlegruben des Außenlagers Jawischowitz leistete er weiter Widerstand und Sabotage. Er überstand die 30 Monate im Konzentrationslager und Anfang 1945 den Todesmarsch nach Buchenwald.

Am 11. April erlebte er den Häftlingsaufstand, der an diesem Tage um 14.50 Uhr begann und innerhalb kürzester Zeit zur Selbstbefreiung des Lagers Buchenwald führte. Die SS floh sowohl vor den bewaffneten Häftlingen als auch vor den anrückenden amerikanischen Truppen. Das Internationale Lagerkomitee übernahm die Verwaltung des Lagers.

Am 19. April 1945 legten die überlebenden Häftlinge des Lagers den legendären Schwur von Buchenwald ab. Damals konnte niemand ahnen, dass die Wünsche und Sehnsüchte, die diesem Schwur zugrunde lagen, auch heute – 65 Jahre später – noch nicht erfüllt sein würden. Die neue Welt des Friedens und der Freiheit ist noch keine Realität. Insofern ist die Namensgebung für den Stadtpark in Hellersdorf und die Selbstbefreiung des Konzentrationslagers Buchenwald jeweils an einem 11. April kein zufälliges Zusammentreffen.

Die Entwicklung nach 1945 hielt Kurt Julius Goldstein nicht davon ab, auch weiterhin politisch aktiv zu sein. Zunächst ging er nach Dortmund, wo er für die KPD tätig war. 1951 siedelte er in die DDR über und übernahm Funktionen in der Leitung der SED. Ab 1956 bis zu seiner Pensionierung war er in leitenden Funktionen des DDR-Rundfunks tätig, unter anderem als Intendant des Senders »Stimme der DDR«.

Seine reichen Erfahrungen waren auch international gefragt. Unter anderem war er Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und Sekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR). Eines seiner Hauptanliegen war es, vor allem an Schulen über die Zeit des Faschismus zu berichten und zugleich vor einem Wiedererstarken der Nazis zu warnen.

Er gehörte nach dem gesellschaftlichen Umbruch 1989/90 zu den Mitbegründern parteiunabhängiger antifaschistischer Organisationen in der DDR. Maßgeblich war er an der Vereinigung dieser Verbände aus Ost und West zur gesamtdeutschen VVN-BdA beteiligt und bis zu seinem Tode am 24. September 2007 Ehrenvorsitzender der der größten antifaschistischen Organisation in der Bundesrepublik.

Denis Ruh

2009 erschien die Neuauflage des Buches von Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch: Nr. 58866: »Judenkönig«. Das Leben des Kurt Julius Goldstein, mit einem Geleitwort von Hans Coppi.

VVN-BdA-Gesprächskreis:
Den Opferns Stalins

Schwerpunkt der Tagung des Berliner VVN-BdA-Gesprächskreises »Deutsche Antifaschisten im sowjetischen Exil, die Opfer stalinistischer Verfolgung wurden« soll das lange Schweigen über die Verbrechen an deutschen Nazigegnern sein, das in den Jahren des ›großen Terrors‹ begonnen hatte und bis zum Ende der DDR andauerte.

Die Tagung soll dem Umstand Rechnung tragen, dass das von den Partei- und Staatsführungen der DDR und der UdSSR verordnete Schweigen, Leugnen und Verdrängen des Terrors für die Traumatisierung mehrerer Opfergenerationen mitverantwortlich ist. Im Mittelpunkt stehen Gespräche, in denen Überlebende sowie Kinder und Enkel von verfolgten und ermordeten Emigranten zu Wort kommen. Einführend berichten HistorikerInnen über den aktuellen Forschungsstand.

Freitag, 18. Juni, 18 Uhr
»Wir Kommunistenkinder«
Fernsehfeature von Inga Wolfram

Sonnabend, 19. Juni,
10 bis 17 Uhr
Vorträge und Diskussionen
»Die verschiedenen Arten des Schweigens«
Aus der Sicht der Rückkehrer und Hinterbliebenen. Podiumsgespräch: »Es fehlt ein würdiges Gedenken«.

Daran anschließend
»Gefangen in der Hungersteppe«. Film von Achim Engelberg und Achim Heinzel mit Überlebenden der KarLag (2008)

Weitere Informationen unter
http://berlin.vvn-bda.org
und www.helle-panke.de

Haus der Demokratie
und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4, Berlin
Tram 4, Bus 200, 240 bis
Haltestelle Am Friedrichshain

»Hat die Menschheit etwas gelernt?«

Zeitzeugen bei Aktionstagen »Wider das Vergessen« in Hoyerswerda

Am 20. und 21. Januar dieses Jahres fanden zum 14. Mal die Aktionstage »Wider das Vergessen« in Hoyerswerda (Sachsen) statt. Die vom »RAA-Hoyerswerda/Ostsachsen« und der VVN-BdA organisierten Zeitzeugengespräche und kulturpolitischen Programme zeigten, wie erfolgreich demokratische Jugendbildungsarbeit »von unten« funktionieren kann.

Unter den rund 60 Anwesenden im Museumssaal von Hoyerswerda waren auch sieben Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die wie in den Jahren zuvor auch an Schulen in Hoyerswerda über ihre Erlebnisse in der Zeit des Nationalsozialismus berichteten. Die Berliner Schauspielerin Vera Kreyer las einfühlsam aus Michail Krausnicks Buch »Auf Wiedersehen im Himmel – Die Geschichte der Angela Reinhardt«. Am Ende der Lesung über die Lebensgeschichte des kleinen Sinti-Mädchens Angela genannt »Anscha« herrschte eine bedrükkende Stille im Saal.

Mit einem Zitat des großen Gelehrten Wilhelm von Humboldt bedankte sich Bürgermeister Thomas Delling (SPD) bei den Zeitzeugen für ihren großartigen Einsatz für die Demokratieerziehung: »Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft!« Zur Vergangenheit von Hoyerswerda gehören die Pogrome im Jahr 1991, als mosambikanische und vietnamesische Vertragsarbeiter durch die Straßen gehetzt wurden und Neonazis ihre Wohnunterkünfte mit Steinen und Molotow-Cocktails angriffen.

Danach ergriff der 95-jährige Prof. Dr. Hans Lauter das Wort und forderte die Schülerinnen und Schüler auf, sich stets für den Humanismus und einen friedlichen und demokratischen Umgang zwischen allen Menschen auf der Welt einzusetzen.

Nachdem die Klassen in ihre Schulen zurückkehrten, begannen die Zeitzeugengespräche in kleinen Gruppen. Einer der viel zu erzählen hatte, ist Justin Sonder. Der Spross einer jüdischen Familie aus Chemnitz wurde mit 17 Jahren in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, in dem er 16 »Selektionen« überlebte. Am Lessing-Gymnasium sprach er vor zwei Schulklassen über seine Jugendjahre und die Zeit im KZ. Bevor er jedoch mit seiner bewegenden Erzählung begann, sagte er: »Ihr könnt mir jede Frage stellen, ich werde auf alles antworten, nur eines ist zu grausam, ich werde nicht über die Tötungsarten, die ich jenseits von Gaskammern, Pistolenkugeln und dem Erschlagen von Menschen, gesehen habe, sprechen. Das wäre eine zu große Belastung, für mich und für Euch.«



Zeitzeugen bei den Aktionstagen »Wider das Vergessen« in Hoyerswerda. Die Schüler begrüßten jeden ihrer Gäste – hier Frido Seydewitz – mit einer Blume.

Und so schilderte er, was er in der Reichspogromnacht erlebte, als der entfesselte nationalsozialistische Mob mit Äxten und Fackel alle jüdischen Geschäfte und Einrichtungen in Chemnitz zerstörte. Besonders still wurde es im Raum, als Justin Sonder den »Gelben Stern« – den alle Juden im Nationalsozialismus tragen mussten – aus einem Beutel holte und über seine Deportation nach Auschwitz sprach. Zum Schluss stellte er die Frage in den Raum: »Hat die Menschheit etwas gelernt?«

Nicht alle Menschen haben aus der Geschichte gelernt, doch hier in Hoyerswerda erlebten die Schülerinnen und Schüler bewegende Gespräche mit Zeitzeugen, aus denen sie erfahren konnten, wie wichtig der Kampf gegen eine erstarkende Neonazis-Szene und für eine Gesellschaft des demokratischen Miteinanders ist.

Martin Berger

Ehrenamtliche bitten um Mithilfe

Wer waren die Häftlinge der Sachsenburg?

In Sachsenburg – im Städtedreieck Frankenberg-Mittweida-Chemnitz an der Zschopau gelegen – befand sich zwischen 1933 und 1937 eines der größten frühen Konzentrationslager, das die Nazis in Sachsen eingerichtet haben.

Bereits kurz nach der Machtergreifung waren hier – noch vor Bestehen der KZ Buchenwald, Sachsenhausen, Auschwitz und anderen KZ – bis zu 2000 Männer gefangen. Andere Quellen geben noch höhere Zahl an. Heute sind noch 424 von ihnen namentlich bekannt.

Deshalb haben es sich die allesamt ehrenamtlich wirkenden Mitglieder der jüngst von den beiden ehemaligen Sachsenburg-Häftlingen Karl Stenzel (Jahrgang 1915) und Otto Schubrig (Jahrgang 1907) ins Leben gerufene »Lagerarbeitsgemeinschaft KZ Sachsenburg« zur Aufgabe gemacht, eine Namensliste weitestgehend zu vervollständigen. Denn, so die Männer und Frauen, jeder Name sei ein Schicksal, sei ein Teil der Geschichte; Geschichte, die zum Teil auch bis in die Gegenwart der ganzen Region wirke und die es nicht zu vergessen gilt. Und wozu das ganze Land bereits 1993 vom Europaparlament verpflichtet wurde.

Nachdem im letzten Jahr das Buch »Sachsenburg – Dokumente und Erinnerungen« (Neuauflage) veröffentlicht wurde, gab es bereits von Lesern wichtige Hinweise. Das Buch erwies sich, wie zu lesen war, von regionalgeschichtlicher Bedeutung. Und es könnte auch Bezugspunkt werden für weitere Informationen über und von einstigen »Sachsenburgern«, Weggefährten, Hinterbliebenen oder Bekannten.

Die »LAG KZ Sachsenburg« bittet nun eine breite Öffentlichkeit, sich an dieser Spurensuche zu beteiligen.

Paul Jattke

Hinweise und weitere Informationen: LAG Sachsenburg, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz. Das Buch „Sachsenburg – Dokumente und Erinnerungen" (Neuauflage), 268 Seiten, Broschur, pro Expl. 7,95 Euro zzgl. Versandkosten, ist zu beziehen über E-Mail oder schriftlich bei der LAG Sachsenburg.

V.i.S.d.P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Kaum zu zählen **waren die Trauerbekundungen für Jupp Angenfort, der uns am 13. März verließ. Stellvertretend für viele sie dieser Text der VVN-BdA Aachen zitiert:**

Er war ein kleiner Mann, der als einer der Großen in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingeht, der vor allem in der antifaschistischen Bewegung in Erinnerung bleiben wird und den wir vermissen. Sein Leben war geprägt von der Erkenntnis, dass niemals wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf und der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet werden muss. Damit wollte er eine Basis für eine Zukunft ohne Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Krieg legen. Er mahnte uns: »Das sind wir den Opfern des Faschismus schuldig. Das sind wir aber auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, denen wir eine friedliche freundliche Welt bereiten wollen.«

In seinem Leben ist er von den Herrschenden oft angefeindet, verfolgt, ja eingekerkert worden. Er war Landtagsabgeordneter der KPD von 1951 bis 1954. 1953 wurde er verhaftet wegen seines Eintretens gegen die Remilitarisierung. Er ist ein Symbol der Opfer der westdeutschen Justiz, vor allem der Adenauer-Zeit.



Jupp Angenfort, geboren am 9. Januar 1924 in Düsseldorf, verstorben am 13. März 2010 in Düsseldorf.

Wir werden ihn sehr vermissen

Trauerfeier für unseren Jupp Angenfort

Rund 150 Trauergäste hatten sich mit der Familie am Stoffeler Kapellchen in Düsseldorf versammelt, um von Jupp Angenfort Abschied zu nehmen. Menschen aus allen Generationen und dem gesamten linken politischen Spektrum der Bundesrepublik.

Josef »Jupp« Angenfort weist tatsächlich eine bemerkenswerte Biografie auf. Aus einer katholischen Arbeiterfamilie stammend wird er wie Tausende andere in die »Großdeutsche Wehrmacht« gepresst. In der Kriegsgefangenschaft ab 1943 arbeitet er mit im »Nationalkomitee Freies Deutschland«. Nach der Rückkehr aus der Sowjetunion 1949 engagiert er sich in der Freien Deutschen Jugend, die aber bereits 1951 von Adenauer wegen ihres antimilitaristischen und antifaschistischen Engagements verboten wird. Sein Wirken gegen die neue Aufrüstung muß Jupp mit vielen Jahren Haft bezahlen. 1962 wurde er erneut verhaftet. Josef Angenfort entzieht sich dieser erneuten Haft durch eine spektakuläre Flucht in die DDR. Ende 1968 kehrt er in die Bundesrepublik zurück, was wiederum Haft bedeutet, diesmal im Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen. Eine Begnadigung durch den damaligen Bundespräsidenten Lübke lehnt Jupp wegen dessen NS-Vergangenheit ab. Im April 1969 wird er ohne seine Zustimmung »begnadigt« und kommt frei. Er wird Mitglied des Präsidiums der DKP und Leiter der Abteilungen für Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik.

Ab 1988 übernimmt Josef Angenfort die Funktion des Landesvorsitzenden der VVN-BdA in NRW. Er wird Mitglied des Bundesausschusses der VVN-BdA und ist ab 2002 Landessprecher der VVN-BdA des Landes Nordrhein-Westfalen. 2008 wird er zu deren Ehrenvorsitzenden gewählt.

Dieses beachtliche Lebenswerk und auch das, was es in seinen schwierigsten Momenten für die Familie bedeutete, fand bei der Trauerfeier seinen Ausdruck in den Gedenkreden von Prof. Dr. Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der VVN-BdA und ehemaliger Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Vorsitzenden der DKP, Heinz Stehr. Auch Bärbel Beuermann (Die Linke) sprach Worte der Ehrung. **J.Sch./U.S.**

Die DVD »Josef – genannt Jupp – Portrait eines Antifaschisten« von Olaf Klein, Christel Priemer und Ulrich Sander, eine Produktion der VVN-BdA (Laufzeit 50 Minuten), ist zum Preis von zehn Euro bei der VVN-BdA NRW erhältlich).

Walter Krämer endlich ehren!

VVN-BdA Siegen sammelt Unterschriften

Walter Krämer ist eine der herausragenden Persönlichkeiten der Siegener Stadtgeschichte. In vielen Ländern der Erde wird seiner voll Anerkennung und Respekt gedacht.

Seine Taten während seiner Einkerkerung im KZ Buchenwald sind ein leuchtendes Beispiel für gelebten Humanismus. Jedoch in seiner Heimatstadt Siegen wird ihm immer noch die Anerkennung verweigert, die ihm gebührt.

Das schreibt die VVN-BdA von Siegen in einer Erklärung an die Stadt. Mit einer Unterschriftensammlung will sie eine Ehrung für Walter Krämer (1892 – 1941) durchsetzen. Er war Arbeiter, Politiker der KPD und Widerstandskämpfer. Als Häftling im KZ Buchenwald half er im Krankenbau unzähligen Häftlingen zu überleben, indem der Autodidakt ihnen medizinische Hilfe angedeihen ließ. »Helfen Sie mit, dass wir am 06. November, also am 69. Jahrestag der Ermordung Walter Krämers, dem Bürgermeister der Stadt Siegen mindestens 1000 Unterschriften überreichen können«, schreibt die VVN-BdA Siegen.

Gedenktafel für Jupp Rossaint

Ehrung an der Kirche St. Maria

Am 28. April 2010 war es soweit. Es wurde an der Düsseldorfer katholischen Kirche St. Mariä Empfängnis an der Oststraße 42 die Gedenktafel für den langjährigen Präsidenten der VVN-BdA und ehemaligen Kaplan Dr. Joseph Cornelius Rossaint eingeweiht. Nach dem Wortgottesdienst in der Kirche hat der Kreissprecher der VVN-BdA Düsseldorf, Jürgen Schuh, Worte zur Bedeutung von Dr. J. C. Rossaint gesprochen, und Pfarrer Kaulmann nahm die Einsegnung vor. Anschließend wurde die Ausstellung »Leben und Wirken von Kaplan Dr. Rossaint« mit der Präsentation des Films »Ein deutsches Schicksal« von Wilfried Viebahn aus Köln im Gemeindesaal eröffnet.

Antifaschistische Exkursion zum KZ Struthof

Vom 18. bis 20. Juni führt die VVN-BdA Düsseldorf mit Unterstützung der evangelischen Kirche im Rheinland eine antifaschistische Exkursion für 20 Personen zu dem ehemaligen KZ und Vernichtungslager Struthof in Frankreich durch.

Das KZ Struthof, nahe dem Dorf Natzweiler, etwa 55 km von Straßburg entfernt, wurde im Mai 1941 in Betrieb genommen. Ausschlaggebend für den Standort war der anstehende seltene rote Granit, den die Faschisten für ihre monströsen Bauvorhaben verwendeten. Die Häftlinge von Struthof wurden unter unmenschlichsten Bedingungen zum Abbau gezwungen. Über 52000 Menschen wurden nach Struthof und seine 70 Außenlager deportiert, 25000 von ihnen haben die Arbeits- und Lagerbedingungen nicht überlebt. Viele wurden durch medizinische Experimente und in der Gaskammer ermordet. Heute befindet sich in dem ehemaligen KZ ein Museum und das Zentrum des deportierten Widerstandkämpfers.

Ablauf und Teilnahmemöglichkeiten: Die Exkursion: Ab Freitag, 18.6. morgens mit dem Bus nach Straßburg. Dort Übernachtung. Nachmittags Straßburg auf eigene Faust erkunden. Samstagmorgen mit dem Bus nach Struthof. Dort qualifizierte Führung von Paul Bauer (Bundessprecher der VVN). Sonntagmittag eine Stadtführung in Straßburg. Dann Rückfahrt mit dem Bus. Teilnahmekosten: 140 Euro (inkl. zwei Übernachtungen, Verpflegung und Fahrt).

Anmeldungen bei Renate Kerber, Tel. (0211) 1593225 oder (0174) 7036488, E-Mail: morse@gmx.net

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Justizskandal in Aachen

Was kümmert mich mein Extremismus-Geschwätz von gestern?

Hinter dem derzeit grassierenden Extremismusgerede steckt vor allem der Unwille, gegen den Terror der äußersten Rechten in Deutschland vorzugehen. Das zeigt ein Beispiel aus Aachen.



Duisburg im März: Polizei beschäftigt sich mit Nazigegnern. Bild: Sarbok

Anfang 2008 kam es zu Bedrohungen und Anschlägen auf Privatwohnungen von AntifaschistInnen aus der Region. Eine Solidaritätsdemonstration am 27. März 2008 von über 200 TeilnehmerInnen verlief friedlich, bis sie von über 30 Neonazis aus einem Hinterhalt überfallen wurde. Die Neonazis gingen sofort gewalttätig vor und nutzten mitgebrachte Waffen.

Die Staatsanwaltschaft fand es jedoch vordringlich, linke Kritiker der Strafverfolgungsbehörden anklagen zu können. Im Prozess 2009 mußten die beiden Antifaschisten einen Freispruch 2. Klasse hinnehmen (Einstellung zu Lasten der Staatskasse). Die Öffentlichkeit fragte zu diesem Zeitpunkt schon besorgt, welches Zeichen die Justiz gibt, wenn die Überfallenen vor Gericht gestellt werden, die 30 Täter aber nicht mal angeklagt sind. Die Staatsanwaltschaft hatte schon zur Verschleppung beigetragen, indem ohne sachliche Notwendigkeit zwei Straftatbestände an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten bei nur teilweise übereinstimmendem Täterkreis zusammengefasst wurden. Die Justiz in Aachen, die es doch geschafft hatte, zwei der Opfer der Nazis anzuklagen, ist bis heute nicht in der Lage, einen Prozesstermin für die Neonazis anzuberaumen.

Fazit: Jedes Häuflein Neonazis wird mit Hundertschaften von Polizisten geschützt, friedliche Antifademos werden im Stich gelassen. Neonazis dürfen ungestraft schweren Landfriedensbruch begehen und die Opfer der Gewalt werden angeklagt. Das Ergebnis: rechtsfreie Räume für neonazistische Gewalttäter, denen signalisiert wird, dass sie ihre Gewalt weiter ungestraft ausüben dürfen. Am 26. März 2010 fand eine erneute Demonstration gegen das Verhalten von Strafverfolgungsbehörden und Justiz in Aachen statt. Am gleichen Abend attackierten Neonazis vermeintliche politische Gegner. Am Morgen danach fand ein Überfall auf einen Infostand der Linksjugend statt. Bei beiden Vorfällen gab es Verletzte. Das ist die alltagstaugliche Version des Kampfes gegen »Extremismus«. Der Landesinnenminister schweigt, die Landtagsabgeordneten schweigen, die Spitzen der bürgerlichen Parteien schweigen... Und wer schweigt, stimmt zu!

Kurt Heiler

Kommentar von Jürgen Schuh

Polizei schützt faschistische Propaganda

Ein gespenstisches Szenario bot der martialische Einsatz von 3000 Polizisten bei den antirassistischen Aktionen gegen proNRW und NPD am 27./28. März in Duisburg. 65 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus sind dreitausend Polizisten drei Tage lang damit beschäftigt, für 400 bis 500 Neonazis und Rassisten die Straßen für ihre Propaganda frei zu räumen.

Das gewaltsame Vorgehen der Polizei richtete sich ausschließlich gegen Nazi-Gegner. Gespräche mit Einsatzleitern ergaben übereinstimmend die stereotype Antwort, es ginge um die Sicherung der »Meinungsfreiheit«. Artikel 21 des Versammlungsgesetzes gelte auch für NPD und proNRW. Argumentations- und hilflos reagierten die Beamten auf das Argument, dass sie dann auch einen wie Adolf Hitler schützen müssten, wenn der einen Marsch auf die Moschee in Duisburg-Marxloh angemeldet hätte.

NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf deklarierte jüngst die Losung der VVN-BdA »Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!« als Aufforderung zum Gesetzesbruch. Damit würden die »Linksextremisten« ihrem politischen Gegner alle demokratischen Rechte absprechen. Genau darum geht es. Im Gegensatz zu Innenminister Dr. Wolf sprechen wir Neofaschisten und Rassisten das Recht ab, ihre Propaganda auf die Straße zu tragen. (Übrigens sehen das hohe Richter in Münster und Karlsruhe ebenso.)

Es ist also die Regierungspolitik, die 3000 Polizeibeamte zu Bütteln von Neonazis macht. Wen wundert es, wenn den Polizisten entgegenschallt: »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!« Hier bestätigt sich die von Historikern bewiesene These, dass die deutsche Polizei seit 1848 immer rechts gestanden habe. Im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Faschismus, in der Adenauer-Ära und auch in diesen Tagen. Nach 65 Jahren immer noch nichts gelernt aus der Geschichte?